

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

## **Jahresbericht Burundi 2011**

Die Aufarbeitung der massiven Menschenrechtsverletzungen während des langjährigen Bürgerkriegs in Burundi verläuft nach wie vor schleppend. In dem von 1993 bis 2003 andauernden Bürgerkrieg wurden zahlreiche schwerste Verbrechen wie Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Zu der für 2011 geplanten Errichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission ist es nicht gekommen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf vom Oktober 2011 sieht die Möglichkeit vor, Tätern unter bestimmten Umständen eine Begnadigung zu gewähren. Amnesty International fordert den burundischen Gesetzgeber deutlich auf, den Verantwortlichen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, Folter, erzwungenes Verschwindenlassen und außergerichtliche Hinrichtungen keine Amnestien zu gewähren.

Auch die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Wahlen 2010 hat bisher kaum stattgefunden, was zu einem Klima von Straflosigkeit in Burundi führt. Die Regierung ist insbesondere ihrem Versprechen einer offenen juristischen Untersuchung von Folterfällen Folge zu leisten bislang nicht nachgekommen.

Burundi hat die Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen (CAT) ratifiziert, das Zusatzprotokoll (OP-CAT) jedoch noch nicht.